

## TROTTOIR

## Das Spiel mit den Ködern

In den letzten Jahren ist es Brauch geworden, junge Laien als verdeckte Ermittler einzusetzen. Immer wieder wurden kleine Gruppen von Jugendlichen auf Alkohol-Einkaufstour geschickt. Ziel der Aktionen war es, der Öffentlichkeit zu beweisen, dass es Heranwachsenden leicht möglich ist, alkoholische Getränke zu kaufen, die sie von ihrem Alter her gar nicht kaufen dürften. Jeder dieser zahlreichen Tests verlief positiv für die Kids und negativ für das Verkaufspersonal in Supermärkten. Wir stellen uns vor, dass inzwischen jede Kassiererin im Land mindestens einmal Opfer einer dieser beliebten Testaktionen geworden ist und von ihren Vorgesetzten entsprechend gerüffelt wurde. Die Rügen dürften gewirkt haben, so dass es für die PR-Abteilungen der Suchtpräventions- und Konsumentenschutzstellen allmählich kniffliger wird, ihr populäres Spielchen erfolgreich durchzuführen. Deshalb setzen die Tester nun vermehrt auch minderjährige Zigarettenkäufer ein und freuen sich, wenn es zum Beispiel einem 15-Jährigen gelingt, eine Schachtel Zigaretten zu erwerben, obwohl er dafür ein Jahr zu jung ist.

Obwohl das Problem der Durchsetzung des Jugendschutzes beim Verkauf von Suchtmitteln inzwischen allgemein bekannt sein sollte, ist ein Ende der Testeinkäufe nicht abzusehen. Wir werden also auch in den nächsten Jahren mit schöner Regelmässigkeit erfahren, wo es welchen Probanden gelungen ist, welche Kassiererin zu düpiieren. Für das meist gestresste und schlecht entlohnte Verkaufspersonal ist allerdings Besserung in Sicht, wenigstens mittelfristig, zumindest im Kanton Bern. Da nämlich, wie wir der gestrigen Ausgabe dieser Zeitung entnehmen konnten, in zehn Jahren voraussichtlich 18 000 Kinder weniger zur Schule gehen werden, wird natürlich auch die Anzahl potenzieller Köder immer kleiner. Den Organisatoren solcher Einkaufsshows wird es künftig kaum mehr möglich sein, genügend 15-jährige Jungmänner zu finden, die wie 16-jährige aussehen und bereit sind, ihre knapper werdende Freizeit derartigen Versuchen zu opfern. Ob die Volksgesundheit darunter leiden wird, ist derzeit schwierig abzuschätzen. Sicher scheint dagegen, dass die Frau an der Coop-Kasse erleichtert durchatmen wird.

Pedro Lenz

## Gemeinderat stützt Reitschule

**STADT BERN** «Für den Gemeinderat steht fest, dass die Reitschule keine Sonderrechte hat», deshalb lehnte die Regierung die Reitschul-Initiative der JSVP als «unnötig» ab. Wie der Gemeinderat gestern dazu weiter erklärte, habe die Reitschule «Mietverträge wie die anderen Kultureinrichtungen», sie zahle Miete nach «üblichen Ansätzen» und beziehe von der Stadt bloss «bescheidene und notwendige Beiträge». Falsch wärs, findet die Regierung, die Reitschule als einzigen Kulturbetrieb in der Gemeindeordnung zu verankern. Und: «Die Initiative würde die Weiterführung des heutigen Betriebes verunmöglichen.»

Die Reitschule reagierte in einer Verlautbarung erfreut auf den Entscheid des Gemeinderates. Es zeige sich «die schiere Sinnlosigkeit des Begehrens». Seit der Besetzung 1987 sei die Reitschule dreimal an der Urne bestätigt worden, sie werde erneuert. Die Initiative sei «Zwängerei von politisch marginalisierten Rechtsaussens-Männern», meinen die Reitschüler. (rg)

## Libeskind feiert in Bern

Stadtpräsidenten und Migros stossen mit dem Stararchitekten auf den Sieg um Westside an – die Arbeit geht weiter

*Nach dem raschen Entscheid des Bundesgerichtes ist die Freude bei der Migros Aare gross. Gestern kam ihr Star aus New York zum Apéro. Wie es im Inneren von Westside aussehen wird, ist aber noch unklar – der geplante Baufachmarkt kommt nun doch nicht.*

CHRISTIAN VON BURG

In New York läuft es nicht immer rund. Aber gestern konnte Daniel Libeskind die umstrittene Planung der Wolkenkratzer auf Ground Zero ein wenig vergessen und in Bern auf einen Sieg anstossen: In Rekordzeit hat das Bundesgericht die Beschwerde gegen das Freizeit- und Einkaufszentrum Westside in Brünnen abgewiesen (siehe «Bund» vom Mittwoch). Planer und Marketingleute der Migros, der alte und der neue Stadtpräsident und verschiedene Leute aus der Kultur- und Architekturszene haben sich im alten Tramdepot an der Thunstrasse versammelt, um den Meister aus New York zu sehen. «Es ist wunderbar, dich hier zu haben», grüsst Georg Scharrer, Projektleiter der Migros, Libeskind und küsst ihn auf die Wangen. Libeskind trägt seine obligate Hornbrille, eine schicke Lederjacke und beantwortet Fragen meist mit einem spitzbübischen Lächeln: Ja, es sei wunderbar, nun zum ersten Mal in der Schweiz zu bauen. Nein, Renzo Pianos Klee-Museum sei keine Konkurrenz für ihn, es zeige vielmehr, wie ernst diese Stadt Architektur zurzeit nehme. Etwa einmal im Monat wolle er künftig nach Bern kommen, um die weitere Planung und den Bau zu begleiten.

## Wies weitergeht im Westen

Der Aushub ist zwar schon fertig, der eigentliche Bau von Westside beginnt aber im Herbst. Denn einiges ist noch unklar. Wegen der Einsprachen wollten viele Investoren keine festen Zusagen machen. Die Verantwortlichen der Migros konnten gestern noch nicht sagen, wer das Hotel, das Multiplexkino, die Seniorenresidenz oder das Erlebnisbad betreiben wird. Auch ist



Alt Stadtpräsident Klaus Baumgartner (links) und sein Nachfolger Alexander Tschäppät im Gespräch mit Daniel Libeskind. V. CHÉTELAT

noch nicht bekannt, welche Geschäfte neben der Migros in die verwinkelten Räume einziehen werden. Klar ist unterdessen jedoch, dass es im Westen von Bern keinen weiteren Baufachmarkt geben wird. Gemäss Max Meyer, Präsident der Verwaltung Genossenschaft Migros Aare, wäre die Konkurrenz zum entstehenden Obi in Moosseedorf zu gross. Nun müssen die bewilligten Bauvolumen zum Teil neu gefüllt werden.

Für die Erschliessung des Zentrums durch den öffentlichen Verkehr wird vorerst die Buslinie 14 verlängert. «Auf die Dauer reicht das aber nicht aus», sagt Stadtpräsident Alexander Tschäppät. Zurzeit ist die Stadtregierung in Bern West im Gespräch mit der Bevölkerung über eine mögliche neue Linienführung für das Tram oder für eine Buslösung. Mitte August beginnt die Umgestaltung der Murtin- und der Niederbottigenstrasse. 22 Millionen Franken steckt der

Kanton in dieses Projekt. Meyer von der Migros bezeichnete Westside gestern als «grösstes privates

Bauvorhaben der Schweiz». Zusammen mit den Erschliessungsprojekten der öffentlichen Hand

wird im Westen von Bern in den nächsten Jahren über eine Milliarde Franken investiert.

## Wer von wo nach Brünnen fährt

Etwa 85 Prozent der Autos, die künftig nach Brünnen ins Einkaufs- und Freizeitzentrum Westside fahren, stammen aus der Stadt Bern oder der Agglomeration. Dies geht aus dem Umweltverträglichkeitsbericht zum Bauprojekt hervor. Umgekehrt gesagt: Nur 15 Prozent der Automobilisten fahren aus einer Distanz von mehr als 10 Kilometern an. Hotel, Multiplexkino und Erlebnisbad – diejenigen Angebote also, welche auch ein überregionales Einzugsgebiet haben, sollen gemäss Prognose nur 27,5 Prozent der Fahrten verursachen, rund 70 Prozent der Fahrten dagegen sollen auf die

Einkaufszentren fallen. Die durchschnittliche Fahrtlänge betrage 5 Kilometer. Die Gegner von Westside stellten diese Prognosen in Frage. Ein Blick auf die so genannte Ikea-Meile in Lyssach genüge, um zu sehen, dass die Zahlen unrealistisch seien.

## Buwal segnet Annahmen ab

Zur Beurteilung der Beschwerde durch das Bundesgericht hat das Bundesamt für Wald und Landschaft (Buwal) eine Stellungnahme geschrieben, in der es die vorliegenden Berechnungen als «vertretbar» bezeichnet. Die konkrete Nutzung von Westside spiele

bei dieser Beurteilung eine grosse Rolle. Ein Kundenanteil von 60 Prozent aus der Stadt Bern und 25 Prozent aus den Agglomerationsgemeinden sei «als Annahme vertretbar». Insgesamt steht Westside ein Fahrtenkontingent von 57 000 Autokilometern pro Tag zu. Wenn man die Anfahrtskilometer aus der Region Bern abzieht, bleiben 450 Autos pro Tag aus einem Umkreis von rund 30 Kilometern. Mit dieser Zahl werden gemäss Buwal die Städte Biel, Solothurn, Thun, Freiburg und Neuenburg abgedeckt. Die Zahl der Besucher, die von weiter her anreisen, sei «vernachlässigbar klein». (cvb)

## Kritik am grössten Aufgebot aller Zeiten

Parlamentarische Aufarbeitung des Polizeigrosseinsatzes bei den Anti-WEF-Protesten in Bern zeigt «Optimierungspotenzial» auf

*Im einstimmig, also mit FDP- und SVP-Zustimmung verabschiedeten Bericht übt die parlamentarische Aufsicht BAK Kritik am Polizeieinsatz vom 22. Januar in Bern, ortet diverse «Optimierungspotenzial» und macht «Empfehlungen».*

RUDOLF GAFNER

Bern sah das gewaltigste Polizeiaufgebot der Stadtgeschichte: 1000 Polizisten standen 1000 Anti-WEF-Aktivistinnen gegenüber. Sperrgitterfahrzeuge, Wasserwerfer, Polizeimannschaftswagen, Militärtransporter – die Innenstadt wurde zum flächendeckenden Sicherheitsdispositiv. Drei Polizeikessel gabs, 654 Personenkontrollen, 84 Präventivfestnahmen. Alle 84 Abgeführten, unter ihnen 17 Jugendliche und ein 15-jähriges Kind, mussten sich in die Unterhosen ausziehen. Noch beeindruckendere Zahlenverhältnisse gab es eine Woche später in Basel, wo die Stadtpolizei Bern ebenfalls mit dabei war: Etwa 500 Polizisten gegen 300 Demonstranten – 777 (!)

Personenkontrollen und 186 Festnahmen wurden registriert.

Wie verhältnismässig war dieser Apparat? – Was Bern betrifft, hat die parlamentarische Kontrolle (BAK, Budget- und Aufsichtskommission) «umfangreiche Abklärungen» getätigt, Polizeidirektorin Barbara Hayoz (fdp) und Kommandant Daniel Blumer befragt – und gestern nun ihren Bericht vorgelegt. Nächste Woche debattiert der Stadtrat.

## BAK: «Bevölkerung verunsichert»

Wie viele Polizisten am 22. Januar auf der Strasse standen und was dies die Stadt kostete, wollte Hayoz öffentlich nicht verraten, um keine Rückschlüsse aufs Dispositiv zu ermöglichen. Die BAK schafft hierzu nun Transparenz: 1000 waren, gut 1,3 Millionen Franken kostet es die Stadt; der Einsatz ortsfremder Polizisten wird Bern nicht verrechnet.

Für die BAK war das Grosseaufgebot «an der Grenze der Verhältnismässigkeit», und «die allgegenwärtige Polizeipräsenz» habe die «Bevölkerung verunsichert». Die BAK «hofft auf künftig kleinere Aufgebote» und empfiehlt, «die Polizeipräsenz diskreter zu organisieren». Sodann moniert sie «zum Teil grob

ausgeführte Kontrollen» und empfiehlt der Polizei, gekennzeichnete Ansprechpersonen einzusetzen.

## «Entwürdigendes Ausziehen»

Dass sich alle 84 Festgenommenen in Gewahrsam bis auf die Unterwäsche ausziehen mussten, kritisieren die Parlamentskontrolleure dezidiert. Laut Polizei war dies für die Abwehr von Gefahr für Leib

und Leben unerlässlich – für die BAK jedoch «bestand eine solche Gefahr zu keinem Zeitpunkt», um so weniger, als «ein Teil der Festgenommenen gefesselt war. «Auf die Entkleidung und somit auf das entwürdigende Ausziehen vor fremden, mit dem Gewaltmonopol ausgestatteten Personen hätte man daher verzichten müssen», Leibesvisitationen seien «sehr zurückhalt-

tend» anzuwenden, sagt die BAK. – Bereits 2003 übrigens hatte ein Fall von 36 jugendlichen Anti-G8-Aktivistinnen, die sich nackt ausziehen mussten, für böses Blut gesorgt – erst kürzlich jedoch wurde durch «Bund»-Recherchen bekannt, dass sich die Stapo dafür entschuldigen musste; die 36 waren völlig nackt.

Als dann stellt die BAK fest, dass der Gesetzesvorgabe, wonach der Festnahmegrund sofort mitgeteilt werden muss, «ungenügend geleistet» wurde. Festnahmen zur Identifikation und Durchsuchung dürften auch nicht bis sieben Stunden dauern – deshalb sei die Triage besser zu dotieren. Bei längerem Gewahrsam sei zudem für Sitzgelegenheiten zu sorgen – die 84 Abgeführten hatten stundenlang auf dem Fussboden sitzen müssen.

## Daten fort – sofern nicht fichiert

Schliesslich wollte die BAK «verbindlich» wissen, ob die Personendaten vernichtet wurden. Antwort des Gemeinderates: Ja, sie seien vernichtet – «soweit die Daten nicht gestützt auf das Bundesgesetz zur Wahrung der Inneren Sicherheit an das Bundesamt für Polizei weitergeleitet werden mussten».

## Regierung hält entgegen

Die Berner Stadtregierung erachtet den Polizeieinsatz vom 22. Januar «nach wie vor als auftragskonform und verhältnismässig», insbesondere auch was die Grösse des Aufgebots betrifft. Zudem teilt der Gemeinderat die Auffassung der BAK nicht, wonach die Bevölkerung verunsichert worden sei. «Die positiven Rückmeldungen aus der Bevölkerung, die nach dem Einsatz vom 22. Januar 2005 so zahlreich eingingen wie nie in den letzten Jahren, zeichnen ein anderes Bild», schreibt der Gemeinderat dazu weiter.

Die Lage sei zu Recht als «äusserst unberechenbar» eingestuft worden, Gewaltabsichten seien «tatsächlich konkret vorhanden». «Die positiven Rückmeldungen der Bevölkerung, die nach dem Einsatz vom 22. Januar 2005 so zahlreich eingingen wie nie in den letzten Jahren, zeichnen ein anderes Bild», schreibt die Regierung. (rg)